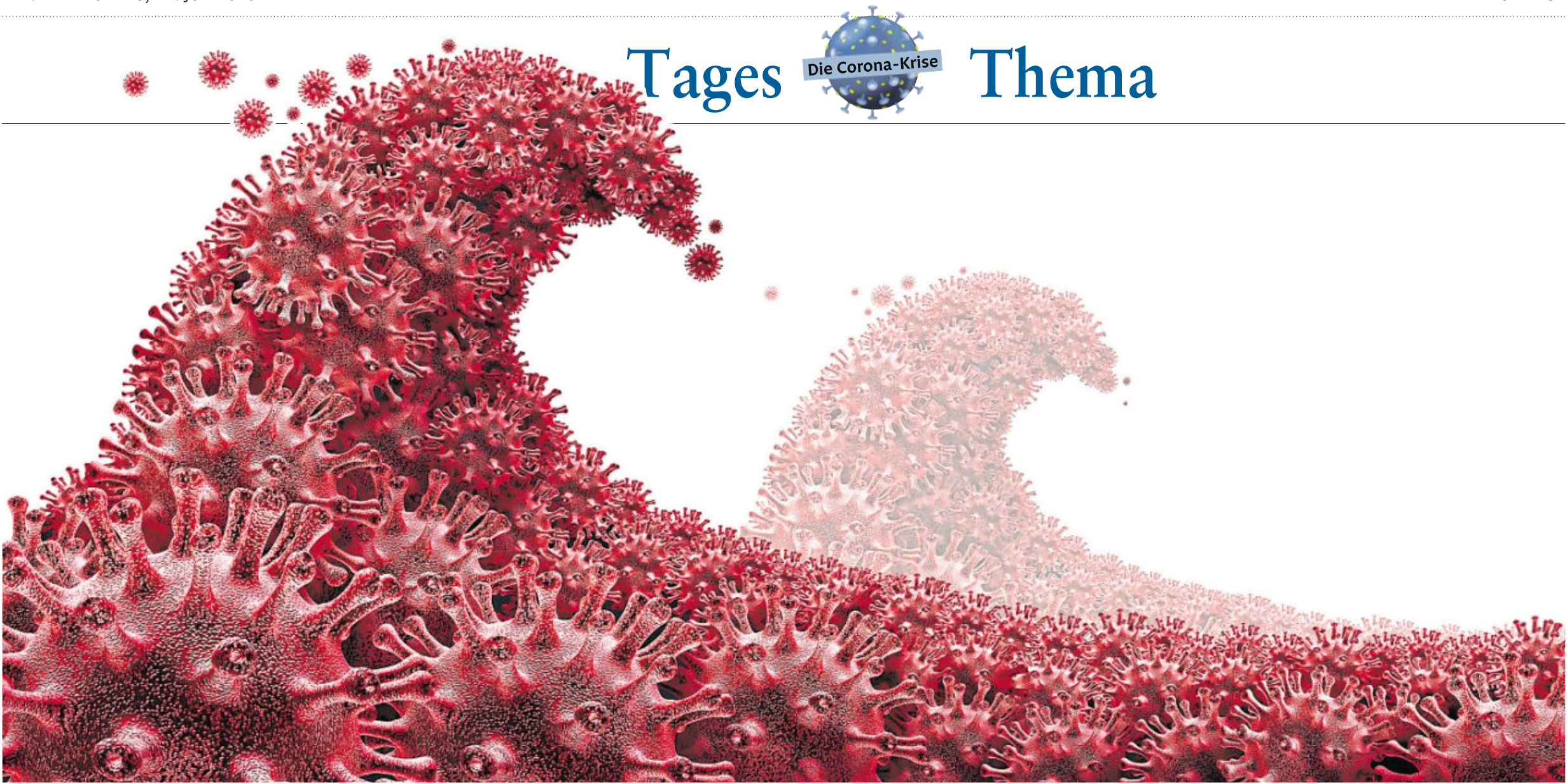




Tages Thema

Angst vor zweiter Welle

Wie realistisch ist ein neuer Lockdown?

Angela Merkel ruft die Bürger in einer Fernsehansprache zu solidarischem Handeln auf. Das sei so nötig wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, sagt die Kanzlerin ernst. Kurz darauf beschließen Bund und Länder ein Kontaktverbot für mehr als zwei Personen. Vier Monate später sind mehr als 205 000 Menschen nachweislich mit Sars-CoV-2 infiziert. Stehen wir jetzt am Beginn der zweiten Infektionswelle? So wie vor rund 100 Jahren bei der Spanischen Grippe, bei der in der zweiten Phase weit mehr Menschen starben als in der ersten? Und droht ein neuer Lockdown?

Mehr als 170 positive Tests bei Erntehelfern im niederbayerischen Mamming und mindestens 44 Infektionen in Tourismusbetrieben im österreichischen St. Wolfgang zeigen, wie schnell es gehen kann. „Die zweite Corona-Welle ist schon da“, sagt Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU). Der Freiburger Medizinstatistiker Gerd Antes hält hingegen nichts von solchen Warnungen: Mit der „zweiten Welle“ werde ein falsches Bild vermittelt. Andere sprechen von einer bleibenden Welle, die auf- und abschwilt. Oder von Glutnestern, die aufflacken, erlöschen oder zu einem neuen Flächenbrand zusammenwachsen können. Fakt ist: Die Behörden sind beunruhigt. Weltweit bezeichnet die Weltgesundheits-

organisation (WHO) gerade einen Rekord an Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden. In Deutschland ist die Zahl der registrierten neuen Infektionen Ende der Woche an zwei Tagen hintereinander auf einen hohen dreistelligen Wert gestiegen. Am Sonntag waren es dann wieder „nur“ 305 neue Fälle.

Die Pandemie hat auf jeden Fall tiefe Spuren im Land hinterlassen. 2,85 Millionen Menschen sind arbeitslos – rund 640 000 davon als Folge von Corona. 6,8 Millionen waren zuletzt in Kurzarbeit. Für etliche Unternehmen war das zweite Quartal eine Katastrophe. Die Hälfte erwartet nach Zahlen des Deutschen Industrie- und Handels-

kammertags erst 2021 eine spürbare Besserung – oder noch später.

Die Bundesärztekammer beunruhigen besonders die gesundheitlichen „Kollateralschäden“. Viele Menschen haben demnach aus Angst vor einer Infektion gar nicht oder zu spät ärztliche Hilfe gesucht, sagt Präsident Klaus Reinhardt. „Allein in den Notaufnahmen wurden rund 30 Prozent weniger Patienten mit Herzproblemen behandelt. Die Komplikationen nach einem Herzinfarkt haben deutlich zugenommen, weil viele zu spät in eine Klinik gegangen sind.“ Bund und Länder sind alarmiert. „Wir sollten alles tun, um eine zweite Infektionswelle zu ver-

hindern“, mahnt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD). „Vor allem für bestimmte Branchen möchte ich mir einen Rückschlag gar nicht ausmalen – zum Beispiel für die Gastronomen.“

Risiko Sommerurlaub: Virologen warten mit Bangen aufs Ferienende. In vielen Ländern ist die Corona-Entwicklung dramatisch. Nicht nur wegen Feiern am „Ballermann“ auf Mallorca ist die Sorge groß. Alle Auslandsurlauber können sich nun nach ihrer Rückkehr kostenlos auf das Virus testen lassen. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) will nun „auch eine rechtliche Verpflichtung“ für solche Tests prüfen.

Risiko Großbetrieb: Ein neues Gesetz mit schärferen Regeln für die Großschlachtereien ist nach den Infektionen beim Wurst- und Fleischkonzern Tönnies im Kabinett. Der Arbeitsschutz sei nun zentral, sagt Heil. „Nicht nur in der Fleischindustrie, sondern auch in anderen Bereichen, damit der Arbeitsplatz nicht zum Infektionsherd wird.“ Der Arbeitsminister betont, Deutschland habe sich bisher im internationalen Vergleich sehr gut geschlagen. Doch ist man auch für ein mögliches Anschwellen bei Corona gewappnet?

Ärztepräsident Reinhardt hofft auf ein weiter vergleichsweise niedriges Niveau der Infektionsra-

te – erreichbar durch Hygiene und Abstand. „Dann könnten wir auch verhindern, dass es zu einem neuen flächendeckenden Lockdown kommt. Denn den würden Gesellschaft und Wirtschaft wohl kaum mehr in gleichem Umfang aushalten.“ Das Gesundheitswesen könne allerdings im Fall eines Wiederaufflammens der Pandemie schnell wieder voll auf Krisenmodus umschalten, sagt Reinhardt. „Kliniken und Arztpraxen können die Kapazitäten im Fall einer neuen Covid-19-Welle schnell hochfahren.“ Der Konjunkturchef des Instituts für Weltwirtschaft (IffW), Stefan Kooths, meint: „Horror szenarien eines neuen kompletten Lockdown sind nicht realistisch.“

Aber alle Experten rechnen mit einer weiteren Hängepartie bis Ende des Jahres – mit je nach regionaler Entwicklung mal strengerem, mal lockerem Antiinfektionsregeln. Ungemütlich bleibt es nach Kooths Ansicht erst mal so oder so. „Auf dem Arbeitsmarkt steht uns das Schlimmste noch bevor.“ Weil die normale Bewegung auf dem Jobmarkt zum Erliegen gekommen sei, Neueinstellungen ausblieben und Insolvenzzahlen im Herbst steigen dürften, werde die Zahl der Arbeitslosen im Winter ihren Höhepunkt mit rund drei Millionen erreichen. „Auch ohne große zweite Welle ist die Krise längst nicht ausgestanden.“

Basil Wegener

Kommentar

Gesundheitsminister sollte zu Corona-Tests verpflichten

Mancher in der CDU hält Gesundheitsminister Jens Spahn schon für einen geeigneten Kanzlerkandidaten, weil er sich in der Corona-Krise bisher kaum Fehler geleistet hat. Den nächsten Punkt könnte Spahn machen, indem er die Gesundheitsminister der Länder in der Frage verpflichtender Corona-Tests für Reiserückkehrer überstimmt. Die Minister setzen bisher auf Freiwilligkeit, doch Spahn lässt eine Testpflicht prüfen. Er täte gut daran, sie dann auch einzuführen.

Wer bewusst in ein Risikogebiet reist, sollte in Kauf nehmen müssen, dass er sich bei der Rückkehr nach Deutschland einem Test unterziehen muss. Die Länderminister schrecken vor verpflichtenden Tests noch zurück, weil sie befürchten, dass Gerichte diesen Eingriff in Grundrechte schnell wieder kasieren könnten. Doch dem persönlichen Recht auf körperliche Unversehrtheit steht millionenfach das



Birgit Marschall
zum Risiko
von Reisenden

Recht jener gegenüber, deren Gesundheit durch möglicherweise infizierte Heimkehrer gefährdet wird. Dass die Tests kostenlos sind, ist bereits entschieden. Nun müssen sie auch für Rückkehrer aus Risikogebieten wie der Türkei verpflichtend sein, Frankreich macht es vor. Eine Testpflicht würde den

Gesundheitsschutz für alle verbessern und helfen, eine zweite Infektionswelle einzudämmen, die

vielleicht bereits begonnen hat. Bleiben die Tests dagegen freiwillig, ist eine wirksame Kontrolle über das Virus kaum möglich. Zu viele werden die Tests unterlassen. Und nur ein negatives Testergebnis bedeutet, die 14-tägige Quarantäne vermeiden zu können. Doch wer aus einem Risikoland zurückgekehrt ist und trotzdem nicht in Quarantäne geht, können die Behörden kaum kontrollieren.

 E-Mail: birgit.marschall@rhein-zeitung.net

Wenn die Warn-App nicht warnt

Woran es bei der Smartphone-Anwendung hakt und was Nutzer jetzt machen sollten

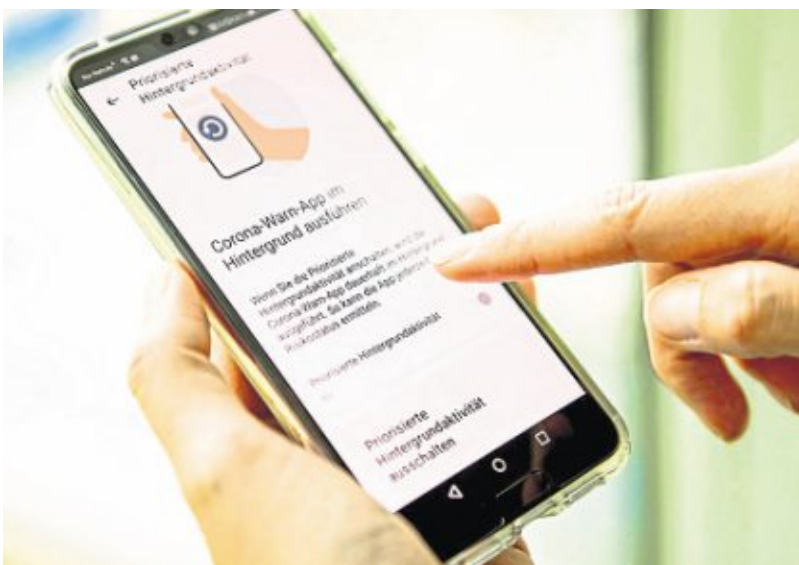
Nach technischen Problemen auf verschiedenen Smartphones hat die viel genutzte deutsche Corona-Warn-App ein Update erhalten. Mit der neuesten Version sollen technische Schwierigkeiten auf dem iPhone von Apple beseitigt werden, wie der Softwarekonzern SAP und die Deutsche Telekom mitteilten. Die App soll dabei helfen, die weitere Verbreitung des Virus zu unterbinden. Seit dem Start Mitte Juni wurde sie von mehr als 16 Millionen Nutzern heruntergeladen.

Auf dem Apple-Betriebssystem iOS hatte die App zwar wie versprochen ständig anonyme Codes mit anderen Nutzern ausgetauscht – die Warnung vor gefährlichen Begegnungen erfolgte allerdings nicht im Hintergrund, sondern nur wenn die App aktiv geöffnet war. Ähnliche Probleme tauchten bei be-

stimmten Android-Smartphones auf. Ursache war ein Energiesparmodus, der bei einigen Geräten die Aktualisierung eingeschränkt oder sogar deaktiviert haben könnte.

Nach Auskunft der Entwickler aktualisiert auch iOS die Hintergrundaktualisierung nicht immer regelmäßig. Nun hat man offenbar einen Weg gefunden, die betriebssystembedingten Einschränkungen zu umgehen, bis Apple das Problem selbst gelöst hat, heißt es. Dazu müssen die Anwender die Version 1.1.2. herunterladen. Für Android-Anwender steht schon seit einigen Tagen ein Update des Robert Koch-Instituts bereit.

Um die Weiterentwicklung der Programmschnittstelle beim iPhone voranzutreiben, hat Apple den Code der „Notification API“ veröffentlicht. Google eröffnete unterdessen auf der Programmierplatt-



Mehr als 16 Millionen Deutsche haben die Corona-App heruntergeladen. Sie soll dabei helfen, Infektionsketten besser nachzuverfolgen. Doch die App leidet offenbar unter Kinderkrankheiten.

Foto: dpa

form Github einen Bereich für die Schnittstelle der Android-Smartphones zum Server. Damit kann sich die Entwicklergemeinschaft weltweit an der schnellen Verbesserung des Codes beteiligen.

Wegen der Probleme gibt es auch Kritik an der Berliner Bundesregierung. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz warnte davor, dass Vertrauen verloren geht. Vorstand Eugen Brysch rief Spahn dazu auf, für Klarheit zu sorgen. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur sagte er: „Für maximale Irritation sorgt jedoch der Bundesgesundheitsminister. Sein Schweigen ist nicht zu akzeptieren.“ Ähnliche Stimmen kamen aus der Opposition im Bundestag.

FDP-Fraktionsvize Michael Theurer verlangte ebenfalls eine klare Kommunikationsstrategie: „Die Bundesregierung muss nach

dieser Pannenserie für Transparenz sorgen.“ Der Grünen-Abgeordnete Dieter Janecek sagte dem „Handelsblatt“, Spahn müsse „umgehend darlegen, wie er die bestehenden Schwachstellen zu beheben gedenkt“. Die App habe mehr als 20 Millionen Euro gekostet. Bis zu 70 Millionen seien für den weiteren Betrieb kalkuliert. „Da müssen Bürgerinnen und Bürger erwarten können, dass der versprochene Schutz auch wirklich uneingeschränkt allen offensteht.“

Die App soll helfen, Infektionsketten nachzuverfolgen und zu unterbrechen. Wenn es eine Begegnung mit jemandem gab, der später positiv auf das Coronavirus getestet wurde, soll das Handy den Besitzer informieren. Außerdem kann die App dazu beitragen, dass Menschen nach einem Test schneller ihr Ergebnis erhalten.